



**Sabine Dittmar**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Berlin aktuell

Berlin, 21.01.2014

### **Sabine Dittmar, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-71810  
Fax: +49 30 227-76811  
sabine.dittmar@bundestag.de  
www.sabine-dittmar.com

Spargasse 10  
97688 Bad Kissingen  
Telefon: +49 971-6994949  
Fax: +49 971-6994950  
kontakt@sabine-dittmar.com

### **Liebe Leserinnen und Leser,**

die erste Sitzungswoche des Jahres 2014 liegt hinter uns, es war für mich der eigentliche Start der Parlamentsarbeit. Seit letzter Woche bin ich nun Mitglied des Gesundheitsausschusses und stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss. Beide Ausschüsse hatte ich in dieser Form als gewünschte Ausschüsse angegeben, es freut mich daher sehr, dass meinen Wünschen auf Anhieb entsprochen wurde. Die SPD-Fraktion hat zudem letzte Woche ihre Sprecherinnen und Sprecher gewählt, auch die Ausschussvorsitze sind geklärt.

Nun wollen wir zügig die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umsetzen. Besonders die Reform des EEG drängt, ebenso wie das Rentenpaket. Es hilft besonders Menschen, die lange und hart gearbeitet haben. Dafür Geld in die Hand zu nehmen, ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Weiterhin Druck wird die SPD-Fraktion machen bei einem Nicht-Spionage-Abkommen mit den USA. Wir werden nicht akzeptieren, dass Regierungsangehörige, aber auch unbescholtene Bürgerinnen und Bürger belauscht und ausgeforscht werden.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen

Ihre  
Sabine Dittmar

GREMIEN	Seite 2
RECHTSPOLITIK	Seite 3
SOZIALES	Seite 4
AUSSENPOLITIK	Seite 5
VERTEIDIGUNG	Seite 6
EUROPA	Seite 7



## GREMIEN

### **Ausschussvorsitzende und AG-Sprecher/innen gewählt**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 14. Januar die Vorsitzenden der sieben Ausschüsse gewählt, die von ihr in der 18. Wahlperiode geführt werden. Außerdem haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden, wer die Sprecherinnen und Sprecher ihrer 23 Ausschussarbeitsgruppen sind.

Bereits im Dezember hat der Deutsche Bundestag beschlossen, welche Ausschüsse in der 18. Wahlperiode eingerichtet werden. Die Ausschüsse entsprechen im Wesentlichen dem Zuschnitt der Bundesministerien. Sie leisten die inhaltliche Arbeit, bevor Gesetzentwürfe oder Anträge vom Plenum des Deutschen Bundestages beschlossen werden. In dieser Wahlperiode sind es 23 Ausschüsse. Ein zusätzlicher Ausschuss soll sich mit den Entwicklungen im Internet und der digitalen Agenda befassen. So soll Netzpolitik als Querschnittsthema im Parlament angesiedelt werden.

### **Sieben SPD-Ausschussvorsitzende gewählt**

Ausschuss für Arbeit und Soziales: Kerstin Griese

Finanzausschuss: Ingrid Arndt-Brauer

Ausschuss für Gesundheit: Edgar Franke

Ausschuss für Kultur und Medien: Siegmund Ehrmann

Sportausschuss: Dagmar Freitag

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur: Martin Burkert

Verteidigungsausschuss: Hans-Peter Bartels

### **23 Sprecher/innen von Ausschussarbeitsgruppen gewählt**

Die SPD-Mitglieder der Bundestagsausschüsse bilden in der Fraktion eine entsprechende Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppen leisten die politisch-inhaltliche Arbeit für die SPD-Bundestagsfraktion. Sie beraten die Gesetzentwürfe der Regierung, erarbeiten eigene Gesetzentwürfe, befassen sich mit den Parlamentarischen Initiativen der Opposition und bereiten die Ausschusssitzungen vor. Für die 23 Arbeitsgruppen hat die SPD-Bundestagsfraktion nun die Sprecherinnen und Sprecher gewählt.

Angelegenheiten der Europäischen Union: Norbert Spinrath wird die Sprecherfunktion bis Ende Januar 2015 inne haben. Nach ihrer Rückkehr aus der Elternzeit wird Sabine Bätzing-Lichtenthäler Sprecherin der Arbeitsgruppe.

Arbeit und Soziales: Katja Mast

Außenpolitik: Niels Annen

Bildung und Forschung: Ernst Dieter Rossmann

Digitale Agenda: Lars Klingbeil

Ernährung und Landwirtschaft: Wilhelm Priesmeier



Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Sönke Rix

Finanzen: Lothar Binding

Gesundheit: Hilde Mattheis

Haushalt: Johannes Kahrs

Inneres: Michael Hartmann

Kultur und Medien: Martin Dörmann

Menschenrechte und humanitäre Hilfe: Christoph Strässer

Petitionen: Stefan Schwartze

Recht und Verbraucherschutz: Burkhard Lischka

Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Rainer Arnold

Sport: Michaela Engelmeier-Heite

Tourismus: Gabriele Hiller-Ohm

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Matthias Miersch

Verkehr und digitale Infrastruktur: Kisten Lühmann

Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Sonja Steffen

Wirtschaft und Energie: Wolfgang Tiefensee

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Bärbel Kofler

Im Parlamentarischen Kontrollgremium PKGr sitzen ab sofort Michael Hartmann, Burkhard Lischka und Gabriele Fograscher.

## RECHTSPOLITIK

### Bundestag debattiert Karenzzeiten

Die Frage, ob es sie geben soll, ist im Parlament nicht mehr strittig, nur noch, wie lange mögliche Karenzzeiten zwischen einem Wechsel von einem Regierungsamt in die Privatwirtschaft dauern sollen. Darüber hat der Bundestag am Donnerstagmittag ausführlich diskutiert. Die Opposition verlangt Übergangsfristen von mehreren Jahren; die SPD-Fraktion plädiert für 18 Monate. Eine Übergangszeit soll verbindlich geregelt werden, die Bundesregierung soll dies nach dem Willen der SPD-Parlamentarier ausarbeiten.

Der SPD-Abgeordnete Mahmut Özdemir stellte in seiner ersten Rede vor dem Parlament fest, dass die Forderungen von Grünen und Linken klingen wie ein Konsens von SPD-Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag. Die nun geführte Diskussion um Karenzzeiten verberge „ihren Kern zwischen der freiheitsrechtlichen Seite der Berufsfreiheit und dem Selbstschutz und der Integrität von Regierungshandeln, aber auch der Vertraulichkeit und Beeinflussbarkeit parlamentarischer Prozesse im Deutschen Bundestag“.



Er warnte davor, die Debatte zu emotional zu führen (oft gehe es um Einzelfälle, die aber parlamentarisch überprüfbar sein müssten), sondern zu schauen, dass der Schutz des Bundestages gewährleistet, aber auch der interdisziplinäre Wechsel möglich sei. Özdemir plädiert für eine verbindliche Regelung, gehe es doch um die „Integrität des politischen Systems in Deutschland“.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann konstatierte: „Wir brauchen mehr Wechsel von der Politik in die Wirtschaft und umgekehrt. Interessenskollisionen müssen aber vermieden werden. Wir sind uns in der Koalition deshalb einig, dass eine angemessene Regelung für Karenzzeiten nötig ist.“

## **Vertrauen nach der NSA-Affäre wiederherstellen**

In einer Aktuellen Stunde haben Abgeordnete des Bundestages am Mittwoch über das Anti-Spionage-Abkommen debattiert. Deutschland hat mit den Verhandlungen zum Abkommen mit den USA auf die Enthüllungen um die Ausspähaktionen der NSA reagiert. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass die USA auf deutschem Boden die hier geltenden Gesetze einhalten müssen.

Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte: „Es ist unsere Pflicht die Daten und die Bürgerrechte der Menschen in Deutschland zu schützen.“ Über diese Selbstverständlichkeiten sollte nicht verhandelt werden müssen. Daher dürfe das Abkommen jetzt auch nicht scheitern. Falls es dennoch scheitere, müsste sich Deutschland bei anderen Themen querstellen, etwa bei der Weitergabe von Fluggastdaten an die USA und dem Safe-Harbor-Abkommen. "Warum sollten wir Daten weitergeben, wenn man sich illegal über die Hintertür noch viel mehr Daten holt?", fragte Hartmann. Deutschland und die USA seien auf eine gute Zusammenarbeit ihrer Sicherheitsdienste angewiesen, die USA müssten jedoch in den kommenden Monaten lernen, stärker zu kooperieren, forderte der Innenpolitiker.

Burkard Lischka, Sprecher für Recht und Verbraucherschutz, gab an, ein drohendes Scheitern des Anti-Spionage-Abkommens beunruhige ihn, so wie ihn die Abhöraffaire beunruhige, in der seit Monaten wöchentlich neue „Ungeheuerlichkeiten“ aufgedeckt würden. An die USA adressierte Lischka den Satz, „unter Freunden sollten auch Antworten möglich sein“. Es sei inakzeptabel, dass die berechtigten Fragen aus Deutschland und Europa bislang nicht beantwortet seien.

## **SOZIALES**

### **Gerechtigkeitslücken in der Rente schließen**

In der Rentendebatte am Donnerstag im Deutschen Bundestag machten die Rednerinnen und Redner der SPD-Bundestagsfraktion deutlich, dass die mit der Großen Koalition vereinbarte Rentenreform wichtige Gerechtigkeitslücken schließe. „Deshalb ist es richtig, dass wir für diese Menschen Geld in die Hand nehmen“, bekräftigte SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann.

Daniela Kolbe, SPD-Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und Sprecherin der Landesgruppe Ost, berichtete, dass die Rentenreform Hauptthema in all ihren Bürgergesprächen sei. Das zeige, dass der Handlungsbedarf groß sei. Die Menschen wollten keine Almosen, sie wollten Respekt für ihre Lebensleistung.

### **Abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren**

Noch im Januar soll das Kabinett dem Rentenpaket aus dem Hause von Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) zustimmen, damit das Gesetz im Frühjahr im Parlament beraten und beschlossen und dann zum 1. Juli 2014 in Kraft treten kann. Darin enthalten ist die Möglichkeit für Beschäftigte, mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können, wenn sie 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Später soll es analog zur Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre mit 65 Jahren möglich sein, abschlagsfrei in Rente zu gehen. Dabei sollen auch Zeiten



berücksichtigt werden, in denen Arbeitslosengeld und andere Entgeltersatzleistungen (wie z. B. auch Schlechtwettergeld) bezogen worden sind. Nicht einbezogen werden Dauer- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Markus Paschke, neu gewählter SPD-Abgeordneter aus Niedersachsen und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, wies darauf hin, wie wichtig die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren für die Beschäftigten z. B. in der Pflege oder für Schweißer sei – die häufig nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten könnten.

Die Erziehungsleistung von Müttern oder Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, soll in der Rente mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt stärker berücksichtigt werden. Außerdem sollen Beschäftigte, die aus gesundheitlichen Gründen nur noch vermindert oder gar nicht mehr arbeiten können, besser gestellt werden. Es werden zwei zusätzliche Jahre mit ihrem Durchschnittseinkommen für die Erwerbsminderungsrente anerkannt. Zudem sollen die Reha-Leistungen der Rentenversicherung zur Vermeidung von Frühverrentungen verbessert werden. Finanzierung des Rentenpakets auch nach 2017 absichern.

## AUSSENPOLITIK

### **NATO-Einsatz im Mittelmeerraum fortsetzen**

Das von der Bundesregierung am 16. Januar vorgelegte Mandat „Operation Active Endeavour (OAE)“ betrifft die militärische Seeraumüberwachung, Lagebilderstellung und regionale Zusammenarbeit im Mittelmeer durch maritime NATO-Kräfte (Drs. 18/263).

OAE wurde nach Ausrufung des Bündnisfalls (Artikel 5 NATO-Vertrag) im November 2001 durch die NATO-Mitgliedsstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur Terrorismusabwehr und zur maritimen Sicherheit zu leisten. Der Einsatz beschränkt sich allerdings faktisch seit vielen Jahren auf Aufklärung und Überwachung des Mittelmeerraumes.

Den seit Ende 2009 von der SPD-Bundestagsfraktion geltend gemachten fachpolitischen und rechtlichen Bedenken wurde mittlerweile Rechnung getragen. Das neue Mandat ist daher ein Übergangsmandat unter veränderten Rahmenbedingungen. Die terroristische Gefahr wird nur noch als rein abstrakt eingeschätzt. Der militärische Auftrag wurde dementsprechend den tatsächlichen Einsatzgegebenheiten angepasst.

In der Konsequenz beschränkt sich die Operation Active Endeavour ausschließlich auf die Aufgaben Seeraumüberwachung und Lagebild austausch. Im neuen Mandat gibt es auch keine exekutiven Befugnisse zur Gewaltanwendung mehr. Im Laufe des Mandatzeitraums wird die Bundesregierung zusammen mit den anderen NATO-Partnern die Rechtsgrundlage der Operation verändern und OAE in eine Nicht-Artikel-5-Mission überführen und den bislang bestehenden Bezug zum Bündnisfall aufheben. Dann ist auch eine Mandatierung dieses Routine-Einsatz durch den Bundestag nicht mehr notwendig.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.



## **NATO-Einsatz „Active Fence“ verlängern**

Das am 16. Januar vorgelegte Patriot-Mandat (Active Fence) ist ein Verlängerungsmandat zur Verstärkung der integrierten NATO-Luftverteidigung in der Türkei (Drs. 18/262). Auf Bitten der Türkei hatten im vergangenen Jahr sowohl die Niederlande, die USA als auch Deutschland Luftabwehrsysteme vom Typ Patriot in die Türkei verlegt.

Die Verstärkung der Luftverteidigung ist eine ausschließlich defensive Maßnahme. Die Türkei ist unverändert der vom Syrien-Konflikt am stärksten betroffene Nato-Partner. Das syrische Regime verfügt über ballistische Trägersysteme mit einer Reichweite von bis zu 700 Kilometern, die damit einen großen Teil des türkischen Territoriums erreichen können. Die Türkei selbst verfügt über keine eigenen Fähigkeiten zur Abwehr von ballistischen Raketen. Es ist im Mandat ausdrücklich festgelegt, dass der Einsatz sich nur auf türkisches Territorium bezieht. Eine Einwirkung auf syrisches Territorium ist ausgeschlossen. Der deutsche Einsatzstützpunkt wurde dementsprechend mit geographischem Abstand zur türkisch-syrischen Grenze gewählt. Es wird laut Mandat keine deutsche Beteiligung an einer Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone in Syrien geben. Der deutsche Beitrag ist eingebunden in umfassende politische Bemühungen der neuen Bundesregierung zur Begrenzung der regionalen Auswirkungen des Konflikts (humanitäre Hilfe in Syrien und den Nachbarstaaten, Beitrag zur politischen Regelung, Syrien-Konferenz Genf II, Hilfe zur Vernichtung syrischer C-Waffen in Munster).

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

## **VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

### **Wehrbericht 2012 weist auf Unsicherheiten der Soldaten hin**

Am Donnerstagmorgen hat der Bundestag über den Wehrbericht 2012 des Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus debattiert. Abgeordnete aller Fraktionen mahnen dringende Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den Soldatinnen und Soldaten an.

Der Bericht umfasst rund 5000 Beschwerden, 700 mehr als im Vorjahr (Drs. 17/12050, 18/297). Königshaus wies darauf hin, dass die Soldatinnen und Soldaten Unsicherheit verspüren, gerade in Sachen Familie, Arbeitszeiten und Nachwuchs. Er dankte ihnen für ihre großen Dienste für das Land, etwa beim Hochwasser in diesem Sommer.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rainer Arnold sagte, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, alles in der Bundeswehr sei schlecht; die allermeisten Soldaten arbeiteten mehr als vorbildlich und seien hoch engagiert. Der Wehrbeauftragte sei der „Sensor des Parlaments“, er vermittele. Wo also neue Erkenntnisse seien, müsse „nachgesteuert“ werden. Soldat zu sein, sei ein ganz besonderer Beruf, weil man ins Ausland abkommandiert werden könne, weil man „mit seinem Leben für Deutschland eintritt“. Dem müsse immer wieder Respekt gezollt werden.



## EUROPA

### Europa als Problemlöser wahrnehmen

Gut vier Monate vor der Europawahl hat der Deutsche Bundestag am 17. Januar über das Arbeitsprogramm der Europäischen Union und die Herausforderungen der Europapolitik debattiert. Seit fünf Jahren prägt vor allem die Finanz- und Bankenkrise die Europapolitik, und auch, wenn es mittlerweile wie in Irland, Portugal und Spanien positive Anzeichen gibt, ist die Krise längst nicht überwunden.

Michael Roth (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, erinnerte in der Debatte an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren in Europa, den Überfall Polens durch Deutschland vor 75 Jahren als Beginn des Zweiten Weltkrieges und den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen vor 25 Jahren. Dies sei das Fundament, auf dem ein friedliches Europa stehe, was man sich immer wieder vor Augen führen müsse.

Europa müsse zeigen, dass es die Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein lasse. Deshalb müsse Europa wieder vor dem Hintergrund der andauernden Krise als Problemlöser wahrgenommen werden, forderte Roth. Für die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission bleibe nicht viel Zeit, weshalb es richtig sei, es unter das Motto „Jahr der Ergebnisse“ zu stellen. Vieles müsse noch bis zur Europawahl im Mai umgesetzt werden. Neben den notwendigen Strukturreformen gehörten dazu die Schaffung der Bankenunion, Maßnahmen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung sowie vor allem gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Roth betonte, dass Europa jedoch mehr sei als ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Währungsunion: „Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft“.

### Kommunen mit Armutszuwanderung nicht allein lassen

Die neu gewählte SPD-Abgeordnete Dagmar Schmidt stellte vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über Armutszuwanderung aus Südosteuropa klar, dass die Freizügigkeit in Europa eine der tragenden Säulen des gemeinsamen Binnenmarktes sei. Deutschlands Wirtschaft brauche qualifizierte Zuwanderung, deshalb müsse unser Land attraktiv für Zuwanderer sein. Schmidt betonte jedoch, dass Städte und Gemeinden, die Probleme mit Armutszuwanderung hätten, nicht allein gelassen werden dürften. Auch deshalb habe die SPD in den Koalitionsverhandlungen die Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“ durchgesetzt. Zudem müsse gegen die Ausbeutung von Arbeitsmigranten vorgegangen werden.

Ängste vor Armutswanderung in Europa zu schüren, sei nicht hilfreich, sagte der neu gewählte SPD-Abgeordnete und europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion Norbert Spinrath. Europa müsse sozialer, demokratischer und solidarischer werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssten mehr Positives über Europa erfahren, um sich mit der Europäischen Idee zu identifizieren. Er forderte deshalb eine stärkere Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über Europa ein.